

Ankommen in Deutschland

Änderungen bei NRW-Integrationskursen – Expertenrat gefragt

8. Mai 2019 – Wer nach Deutschland flieht, fängt hier in der Regel bei Null an. Integrationskurse sollen denjenigen mit Bleibeperspektive von Anfang an die deutsche Sprache vertraut machen und Orientierung im deutschen Lebensalltag ermöglichen. In NRW haben die Landtagsfraktionen von CDU und FDP die Integrationskurse auf den Prüfstand gestellt und fordern Verbesserungen. Der Fachausschuss hörte dazu die Meinung von Sachverständigen.

Integrationskurse seien ein „unverzichtbares Instrument für eine gelingende Integration“, heißt es im Antrag (17/4445). Um sie zu verbessern, solle die Landesregierung u. a. die Chancen für Mütter erhöhen, indem sie kursbegleitende Kinderbetreuung ermögliche, und Module der Kurse auf dem Smartphone verfügbar machen. Im Bund solle die Landesregierung dafür werben, die Kurse zu verkleinern, sie allen Flüchtlingen aus nicht sicheren Herkunftsländern zu ermöglichen – auch berufs begleitend –, den Deutschkurs bei Bedarf von 600 auf 900 Stunden zu erhöhen und die Wertevermittlung stärker zu berücksichtigen.

Der Forderung nach mehr Deutschstunden stimmten die meisten Sachverständigen zu. Dabei hielten einige eine flexiblere Handhabung des Stundenkontingents für sinnvoll: „Wenn die Voraussetzungen bei Teilnehmern erschwert sind, empfiehlt sich eine Erhöhung der Unterrichtsstunden“, argumentierte etwa Arndt Paykowski, Geschäftsführer des Bildungsunternehmens WIPA und Vorstandsmitglied im Verband Deutscher Privatschulen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verwies auf ausdifferenzierte Kursangebote für spezielle Zielgruppen, auch berufs begleitend. In bestimmten Fällen würden bis zu 1.200 Deutschstunden gewährt. Der Soziologe Prof. Dr. Hans Neuhoﬀ vermisste im Antrag „eine Bringschuld von Migranten, sich auch außerhalb der Unterrichtszeiten und von sich aus um das Erlernen der deutschen Sprache zu bemühen“.

Auch die Forderung, die Kurse zu verkleinern, fand bei vielen Sachverständigen Zustimmung. Dies sei „ganz entscheidend für die Qualität der Kurse und ein gelungenes Miteinander“, erklärte etwa die Bénédicte School Köln. „Je geringer die Teilnehmerzahl, desto schneller kommen die Kurse zustande“, ergänzte der Landesverband der Volkshochschulen NRW.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sah hingegen „nur einen geringen Einfluss der Gruppengröße auf den Lernerfolg“. Kinderbetreuung während der Kurszeit, ebenfalls eine Forderung des Antrags, werde bereits seit 2007 gefördert.

Einige Sachverständige wiesen auf Mängel beim Betreuungsangebot hin. So fehle eine

Eingewöhnungsphase, die in öffentlichen Kitas Standard sei. „Wenn dieser Ablöseprozess nicht verantwortungsvoll gesteuert und gestaltet wird, wird das Kindeswohl dabei außer Acht gelassen“, gab WIPA-Sprecher Paykowski zu bedenken. Die VHS im Kreis Wesel forderte zudem eine Kinderbetreuung für schulpflichtige Kinder, da Eltern sonst in den Ferienzeiten im Kurs fehlten.

Zugang für alle

Die Industrie- und Handelskammer NRW warb dafür, auch den übrigen Geduldeten und Gestatteten den Zugang zu Integrationskursen zu ermöglichen. Die vielen afghanischen Auszubildenden etwa würden von den Kursen ausgeschlossen, weil sie keine Bleibeperspektive hätten. Von einer Abschiebung sei mittelfristig aber nicht auszugehen – weil sie sich in Ausbildung befänden. Die IHK begrüßte zudem die Idee der Digitalisierung: Auszubildende mit Fluchthintergrund seien in der Regel internetaffin und gerade in ländlichen Räumen, wo Kurse oft nicht zustandekämen, seien Online-Angebote wertvoll. Jedoch argumentierte Paykowski: „Der kommunikative Austausch in der Gruppe, verbunden mit sozialem Lernen, das Lernen der Schriftsprache, das Training des Hör- und Leseverstehens sind die zentralen Aufgaben.“

Bei der Forderung nach berufs begleitenden Integrationskursen gingen die Meinungen auseinander. Während das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf bereits bestehende Kursformate verwies, problematisierte die Freie Wohlfahrtspflege die Mehrfachbelastung Geflüchteter, die parallel eine

berufliche Qualifizierung durchlaufen, abends im Deutschkurs sitzen und zudem familiären Verpflichtungen nachkommen sollten.

CDU und FDP fordern in ihrem Antrag, den Orientierungsteil des Integrationskurses von 100 auf 150 Schulstunden zu erhöhen. Eine Werte- und Kulturvermittlung finde allerdings auch schon im Rahmen des handlungs- und alltagsorientierten Sprachkurses statt, hieß es in der Stellungnahme des Begegnungs- und Fortbildungszentrums muslimischer Frauen Köln. Auch aus Sicht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge genügen 100 Unterrichtsstunden – eine weitere Erhöhung laufe zudem dem Ziel einer schnellen Integration zuwider. Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege NRW forderten zusätzliches sozialpädagogisches Personal und ein Zusatzbudget für soziale Aktivitäten: „Nur Integration im Klassenraum zu betreiben, das ist, wie im Wohnzimmer schwimmen zu lernen.“ *sow*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Foto: Schälte

Einstufungssystem | Bundesamt für Migration und Flüchtlinge | Integrationskurse

Weiche Wörter passen hier? Schreiben Sie auf den Antwortbogen. In jede Lücke bitte nur ein Wort.



Einstufungstest zum Integrationskurs